

Rede zum Haushalt 2010 des Vorsitzenden der CDU-Fraktion,

Dr. E. h. Fritz Brickwedde, am 16. Februar 2010

Herr Ratsvorsitzender, Herr Oberbürgermeister, meine lieben Kolleginnen und Kollegen,

die Ursachen unserer sehr schwierigen Finanzsituation sind sicher auch in der Finanz- und Wirtschaftskrise zu suchen, aber nicht nur! Es gibt auch zusätzliche Belastungen aufgrund von Gesetzen oder gesellschaftlichen Veränderungen, aber nicht nur! Unsere Finanzsituation ist auch auf hausgemachte Faktoren zurückzuführen:

Wir haben als CDU in den letzten Jahren immer wieder in den Haushaltsreden des OB von Aufgabenkritik und Sparvorschlägen gehört, die angekündigt, aber nicht realisiert wurden.

Wir haben trotz steigender Steuereinnahmen in den Jahren 2005 bis 2008 nicht hinreichend Defizite und Schulden abgebaut.

Hinzukommt der Einwohnerrückgang in der Vergangenheit. Gott sei Dank ist dieser Trend gestoppt, aber zehn Jahre lang bestand er, in denen Osnabrück 5.000 Einwohner verloren hat, was einen Millionen-Verlust an Einnahmen bedeutet hat.

Ich möchte heute positiv hervorheben, dass der Verwaltungsvorstand zum ersten Mal seit Jahren ein umfassendes Konzept für strukturelle Veränderungen, für Vor- und Nachrangigkeiten vorgelegt hat. Das haben wir seit Jahren angemahnt, das ist auch seit Jahren versprochen worden. Ich möchte ausdrücklich dem Oberbürgermeister und seinem Team – Frau Rzycki, Herr Griesert, Herr Dr. Baier – Dank sagen, dass sie diese Konsolidierungsliste vorgelegt haben. Es ist nicht so, dass wir jedem dieser Punkte zustimmen, aber die Liste bildete die Basis für eine gute Diskussion. Gerade Frau Rzycki hat sehr viel öffentliche Kritik einstecken müssen. Es waren aber die Vorschläge des gesamten Verwaltungsvorstandes mit dem Oberbürgermeister an der Spitze. Es handelte sich nicht um Privatvorschläge von Frau Rzycki und deswegen möchten wir vor persönlichen Attacken warnen und sagen: Wir erwarten von unserem Verwaltungsvorstand, dass er uns tiefgreifende Vorschläge macht, die der desolaten Haushaltssituation entsprechen. Das ist nicht der Kritik würdig, sondern das sollten wir begrüßen.

Wenn z. B. vorgeschlagen wurde, die Stadtteilbibliotheken in den nächsten Jahren zu schließen, kann ich nur sagen, diesen Vorschlag haben wir schon vor Jahren gemacht. Wir sind dafür übel beschimpft worden. Jetzt ist die Finanzlage so, dass es offensichtlich unter diesem Druck nicht mehr anders geht.

Es werden auch noch andere Fragen in den nächsten Jahren verwirklicht werden, wofür heute vielleicht die Zeit noch nicht gekommen ist. Heute diskutieren wir noch über die Frage, ob das Gleichstellungsbüro 2,5 oder eine Stelle hat, wie das Gesetz es vorsieht. Ich kann nur sagen, wir haben als CDU die erste und bisher einzige Oberbürgermeisterin von Osnabrück gestellt. Wir haben Frau Rzycki gemeinsam zur ersten Dezernentin der Stadtverwaltung gewählt. Die CDU-Fraktion besteht mehrheitlich aus Frauen. Das alles sind große frauenpolitische Fortschritte, die mit dem Gleichstellungsbüro nichts zu tun haben!

Meine Damen und Herren, wir als CDU möchten ausdrücklich darauf hinweisen, dass es zum einen natürlich ums Sparen geht, zum anderen um höhere Einnahmen. Aber höhere Einnahmen, meine Damen und Herren, müssen nicht vorrangig durch Steuer- und Gebührenerhöhungen erzielt werden, sondern im Wesentlichen durch eine florierende Osnabrücker Wirtschaft und durch zusätzliche Einwohner.

In diesem Zusammenhang weise ich darauf hin, dass es SPD und Grüne waren, die die Erweiterung der Osnabrücker Unternehmen Cordes und Gräfe sowie Roncadin gegen den Vorschlag des Oberbürgermeisters und gegen uns abgelehnt haben.

Es waren SPD und Grüne, die statt bezahlbare und attraktive Wohnungen und Häuser zu fördern, zwei Drittel des möglichen Baugebietes Gartlage abgelehnt haben, das Baugebiet St. Antonius in Voxtrup abgelehnt haben und das Baugebiet Franziskaner Kloster verzögert und abgespeckt haben.

Zu einem wichtigen Infrastrukturprojekt für die Zukunft Osnabrücks – der Entlastungsstraße West – werden wir heute noch eine Debatte führen. Wir sagen ja zu dieser Entlastungsstraße, weil wir ja sagen zu

- der Zukunft und dem Ausbau der Universität und der Fachhochschule Osnabrück zu einem der wichtigsten und größten Dienstleistungsunternehmen mit riesigem Zukunftspotential,

- dem Aufbau des Wissenschaftsparks für Existenzgründer und junge Wissenschaftler für zukünftige Arbeitsplätze,
- der Entlastung der jetzigen Anwohner der heimlichen Westumgehung,
- dem besseren Anschluss unserer Krankenhäuser, nicht zuletzt setzt sich ja auch der Betriebsrat unseres Klinikums stark für die Entlastungsstraße West ein.

Sie sollten gemeinsam mit dem Oberbürgermeister und uns dafür werben und wirken, dass wir die Infrastruktur in Osnabrück verbessern, denn diese Maßnahmen führen zu florierender Wirtschaft und zusätzlichen Einwohnern und bringen der Stadt Osnabrück erhebliche Einnahmen, die wir für die Haushaltskonsolidierung benötigen.

Kern unserer zahlreichen Vorschläge zum Haushalt 2010 war neben der Erhöhung der Globalabsetzung Sachkosten auf eine Million Euro, die Globalabsetzung bei den Personalkosten.

In der Konsolidierungsliste des Verwaltungsvorstandes finden Sie unter Punkt N2 den Hinweis, dass als „Ergebnis des Verfahrens zur Aufgabenkritik“ im Verwaltungsentwurf für 2010 300.000, 2011 450.000 sowie 2012 600.000 € an Personalkostenreduktionen eingesetzt seien. Ich stelle hiermit klar: diese Personalkostenkürzungen sind nicht Ergebnis des Verfahrens zur Aufgabenkritik, sondern auf Antrag der CDU vom Rat der Stadt Osnabrück im Rahmen des Haushaltes 2009 einstimmig beschlossen worden.

Jetzt erhöhen wir das Spartempo bei den Personalkosten, so dass 2010 nicht 300.000, sondern 500.000, 2011 entsprechend eine Million, 2012 1,5 Millionen und 2013 zwei Millionen Euro bei den Personalkosten eingespart werden sollen. Im Ergebnis bedeutet das für diese Jahre, dass wir statt 2,3 Millionen über fünf Millionen einsparen.

Lassen Sie mich jetzt zum Schluss noch mit allem gebührenden Ernst auf folgendes hinweisen: Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor allen Dingen von der SPD-Fraktion! Wir werden schon in zehn Monaten, nämlich am 14. Dezember, den Haushalt 2011 verabschieden. Bis dahin erwarten wir Belege dafür, dass die 500.000 € an Personalkosten real eingespart wurden. Gleichzeitig erwarten wir konkrete Vorschläge der Verwaltung, wie die eine Million Personalkostenreduktion in 2011 real

eingespart werden soll und ich sage ganz deutlich an die Adresse unserer Kollegen von der SPD: Nur wenn wir sehen, dass die heutigen Beschlüsse auch tatsächlich zu strukturellen Veränderungen und in 2010/2011 zu den im Haushaltsentwurf vorgesehenen 1,5 Millionen Euro Einsparungen bei den Personalkosten führen, werden wir weiter bereit sein, uns an Sparmaßnahmen bei den Bürgern zu beteiligen. Und es muss völlig klar sein: Einsparungen in dieser Größenordnung gehen nicht ohne Verringerung der Zahl der Stellen aufgrund Aufgabenkritik und Effizienzsteigerungen. Sie gehen aber ohne betriebsbedingte Kündigungen, durch Nutzung der Personalfuktuation.

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, es ist uns mit dieser Aussage sehr ernst, mit diesem Hinweis zum Haushalt 2011. Wir wollen keine Zusagen auf dem Papier, sondern Verwirklichung in der Realität der Finanzsituation der Stadt Osnabrück. Eine Zusage für eine Erhöhung der Grundsteuer B ab 2011 erfolgte nach der Zusage o. g. Personalkostenreduktionen. Dort gibt es einen zwingenden Zusammenhang. Nur wenn wir selber bei uns sparen, können wir unsere Bürger mitnehmen bei der Konsolidierung des Haushaltes!

Für die Osnabrücker CDU gilt: zu erst Osnabrück – dann die Partei! Deswegen stimmen wir trotz Bedenken dem Haushalt zu.